

heute nachmittag die Fraktionen zusammentreten. Die meisten Fraktionen sind sich dahin schlüssig geworden, um 15 Uhr heute nachmittag zusammenzutreten. Sofern nicht eine andere Mitteilung an die Fraktionen von ihren Fraktionsführern ergeben sollte, bin ich beauftragt worden, die Mitglieder der Fraktionen für heute nachmittag, 15 Uhr, in die einzelnen Fraktionszimmer zu bitten.

Wir würden dann nach der Rede des Herrn Landeshauptmanns uns heute in der Vollsitzung auf morgen vormittag, 9 1/2 Uhr, vertagen. Die Tagesordnung würde sein die Generaldiskussion über den Haushaltsplan und die damit zusammenhängenden Vorlagen.

Auch in diesem Jahre ist der Ältestenrat der Auffassung, daß wir eine gewisse Beschränkung der Redezeit vornehmen sollten. Er schlägt Ihnen vor, daß morgen ohne Unterbrechung getagt wird und jede Fraktion insgesamt eine Redezeit von 1 1/2 Stunden hat. Diese Redezeit kann sie verteilen, wie sie will. Die Fraktionen würden nach ihrem Stärkeverhältnis nacheinander zu Worte kommen. Der volkrechtparteilichen Gruppe, die die Stärke einer Fraktion nicht hat, soll, wie im vorigen Jahre, eine halbstündige Redezeit zugebilligt werden.

Diese Festsetzung und Beschränkung der Redezeit bedarf nach § 25 der Geschäftsordnung des Vorschlages des Ältestenrats, den Sie eben gehört haben, und der Zustimmung des Hauses mit Dreiviertelmehrheit. Wenn ich keinen Widerspruch gegen den Vorschlag höre, darf ich annehmen, daß Sie damit einträchtig einverstanden sind. Ein Widerspruch erhebt sich nicht, ich darf das feststellen.

Die Zentrumsfraktion läßt mir eben mitteilen, daß sie nicht um 15 Uhr, sondern um 15.30 Uhr zusammentreten wird.

Ich darf nunmehr dem Herrn Landeshauptmann das Wort zu seinem Vortrage erteilen.

Zweite Sitzung.

Landeshauptmann Dr. H o r i o n: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das außerordentlich erste Bild der Wirtschaftslage, das der Herr Oberpräsident eben in seiner Eröffnungsrede gezeichnet hat, möchte ich noch um einige Striche ergänzen, indem ich in der gleichen Weise wie in den früheren Jahren auch jetzt versuche, den notwendigen Zusammenhang zwischen der öffentlichen Wirtschaft unseres Provinzialverbandes und der Durchführung der ihm gestellten Aufgaben auf sozialem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete und der Lage der Privatwirtschaft in der Rheinprovinz herzustellen. Ich versuche, zu diesem Zwecke einen Ueberblick über das abgelaufene Wirtschaftsjahr und die augenblicklichen Aus-
sichten zu geben.

Diese Aufgabe ist in diesem Jahre bedeutend leichter und einfacher als in früheren Jahren. Früher mußten diese Darlegungen stets auf ein gewisses Einerseits — Andererseits gestimmt sein: Einerseits manche günstigen Momente, andererseits manches Ungünstige; das mußte gegeneinander abgewogen werden, im Nachsatz mußte man manches berichtigen und einschränken, was im Vorderatz gesagt war. Dagegen ist in diesem Jahr das Bild ein durchaus einheitliches; es kann nur Dunkel in Dunkel gezeichnet werden. Zwei Momente beleuchten es blickartig: die Katastrophe der Landwirtschaft und annähernd 2 1/2 Millionen Erwerbslose im Reich, 1/4 Million in der Rheinprovinz. Ich glaube, daß seit dem Ruhrkampf noch kein Provinziallandtag unter wirtschaftlich ernsteren Zeiten eröffnet worden ist und getagt hat als der diesjährige, denn seit dieser Zeit konnten wir doch immer einen gewissen Aufstieg in dem Wiederaufbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft alljährlich feststellen. Dem ist aber im letzten Jahre und augenblicklich wiederum eine Depression mit dunklem Ausblick gefolgt. Allerdings war noch in den Jahren 1923 bis 1926 eine gewisse Gesundungsstufe mit manchen Schwierigkeiten vorhanden. Aber dann begann doch im Jahre 1926 ein allgemeiner Aufstieg der Wirtschaft, anfangend von dem Ruhrbergbau, übergreifend auf die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, die Eisen- und Stahlwarenindustrie, den Maschinenbau, den Baumarkt und die rheinische Textilindustrie. Sein Ausmaß läßt sich daran erkennen, daß die Zahl der Arbeitslosen von 274 000 im März 1926 auf 78 000 im Oktober 1927 herabsank. Dann aber kam der Rückgang, der in unserer rheinischen Textilindustrie schon im Herbst 1927 einsetzte. Dann folgte das Frühjahr 1928 mit der absteigenden Konjunktur in der Steinkohlenförderung, Roheisen- und Stahlerzeugung und Maschinenindustrie. Nur einige wenige Industriezweige blieben von der sinkenden Konjunktur weniger berührt, so der rheinische Braunkohlenbergbau und die chemische Industrie. Auch der Baumarkt hat sich einigermaßen behauptet, da er im wesentlichen von den Mitteln der öffentlichen Hand befruchtet wurde, die auch im vergangenen Jahre noch in ziemlich reichlichem Maße zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Zahl der Arbeitslosen hatte bis Juli vorigen Jahres immerhin noch ein erträgliches Ausmaß mit 98 000 behalten. Von da an ging's ständig bergauf, bis auf 240 000 heute. Dazu kam dann noch das größte wirtschaftliche Ereignis des vergangenen Jahres: der Lohnkampf in der Schwerkohlenindustrie mit der Aussperrung von 220 000 Metallarbeitern auf die Dauer von fünf Wochen. Auch dieser Arbeitskonflikt ist zu würdigen als ein Symptom der Spannungen und Gegensätze, die im wesentlichen aus der allgemeinen Tatsache des Konjunkturrückganges mit Notwendigkeit erwachsen sind. Dazu

dauern die besonders ungünstigen Momente, unter denen unsere rheinische Wirtschaft im Verhältnis zur Wirtschaft des übrigen Deutschlands durch die besondere Lage der Rheinprovinz zu leiden hat, unvermindert an. Ich verweise auf die Fortdauer der Besatzung, auf die wirtschaftlichen Folgen, die mit der Abtrennung von Eupen-Malmedy, des Saargebietes und Elsaß-Lothringen für uns verbunden sind. Aber auch die veränderten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu unseren Kriegsgegnern und die günstigeren Produktionsbedingungen in unseren Nachbarländern wirken sich naturgemäß in besonders starker Weise auf die anliegenden Grenzlande aus. Da ist es ganz besonders das Nacher Gebiet, das erwähnt werden muß, bei dem wir nicht nur von einem wirtschaftlichen Zurückgehen, sondern auf vielen Gebieten wohl fast von einem wirtschaftlichen Zusammenbruch sprechen können. Es kommt hinzu das Abwandern von Unternehmungen, sei es in ihrem ganzen Umfange, sei es in ihrer Leitung von den Grenzen nach Mitteldeutschland und vor allem, was die Leitung angeht, nach Berlin, und in der letzten Zeit eine Erscheinung, die noch viel schlimmer ist: das Abwandern von Unternehmungen über die Grenze ins Ausland, um dort zu den günstigeren Produktionsbedingungen, die ihnen dort geboten sind, zu arbeiten. (Sehr wahr! rechts.)

Alles das hat zur Folge, daß wir nicht nur im Osten, sondern auch hier im Westen Notstandsgebiete haben, die, soweit Reich und Staat eine finanzielle Grenzlandhilfe eintreten lassen, ebenfalls mit Nachdruck ihre berechtigten Ansprüche geltend zu machen haben.

Auf die Arbeitslosenziffer möchte ich noch mit einem Wort eingehen und zwar deshalb, weil sie auch bei manchen wichtigen Vorlagen, die Ihnen zugegangen sind, von besonderer Bedeutung ist. Leider ist die Arbeitslosigkeit, wie vor allem auch das Landesarbeitsamt und das Institut für Konjunkturforschung feststellen, zum weitaus größten Teil nicht saisonmäßig, sondern durch die Konjunktur bedingt. Sobald die saisonmäßige Spitze in der nächsten Zeit abgestoßen ist, wird die Arbeitslosigkeit ebensowenig eine Neigung zeigen, nach unten zu gehen, wie die Konjunktur eine Neigung zum Aufstieg zeigen wird. Gewiß ist diese Arbeitslosenziffer in wesentlichem Maße durch die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland beeinflusst, worauf ja auch der Reparationsagent mit besonderem Nachdruck hingewiesen hat. Es mag auch richtig sein, daß, wie Statistiker schätzen, die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland noch größer ist als die Zahl der augenblicklich Arbeitslosen. Aber alles das kann doch nichts an der Tatsache ändern, daß ein gesundes Land in der Lage sein muß, auch für seinen arbeitswilligen Bevölkerungszuwachs Arbeit und Brot

zu bieten, und daß, wenn dies nicht der Fall ist, wir eine schwere Krankheit des Volksganzen vor uns haben. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Wir haben zu viel Drohnen in Deutschland!) Not und Elend für die Millionen, die von der Arbeitslosenunterstützung leben müssen, und die bedenklichen sozialen und wirtschaftlichen Folgen, die daraus entstehen, werden auch durch statistische Feststellungen und Erklärungen für die davon Betroffenen nicht geringer. Auch im Haushaltsplan der Provinzialverwaltung, vor allem auf den verschiedenen Fürsorgegebieten, zeigen sich diese Folgen der Arbeitslosigkeit in der deutlichsten Weise. Man kann auch die Bedeutung der Arbeitslosenziffer nicht durch den Hinweis auf Fälle des Mißbrauchs der Arbeitslosenunterstützung abschwächen. Sie sind gewiß vorhanden und haben ihren Grund in Mängeln des Gesetzes und Mängeln der Praxis, die abgestellt werden müssen. (Abgeordneter Kohl: Hört, hört!) Es kommen aber — das muß auch gesagt werden — hier viele Uebertreibungen vor. Ich bin selbst manchen dieser Behauptungen, vor allem solchen, die unter der Hand verbreitet werden, nachgegangen und habe festgestellt, daß viele von ihnen bei genauerem Zusehen in Nichts zerflatterten oder daß die Zahl der Beteiligten weit übertrieben war. Aber selbst, wenn 5 oder 10 Prozent der Arbeitslosen zu Unrecht in die Arbeitslosenunterstützung oder in die Statistik hineinkommen (Zuruf des Abgeordneten Kohl: 50 Prozent zu wenig!), bleibt doch immer noch eine Restzahl, die genügend groß ist, um in ihrer Verminderung das wichtigste soziale Problem unserer ganzen Politik und Verwaltung zu sehen.

Neben diesen offiziell gezählten Arbeitslosen weiß wohl auch jeder Leiter einer größeren Verwaltung, wie wahrscheinlich auch jeder Leiter eines größeren Privatbetriebes, von den vielen flehentlichen Bittgesuchen und Eingaben zu erzählen, die täglich an ihn ergehen um Einstellung von Personen, die früher selbständig waren und keine Arbeitslosenunterstützung bekommen, von Kleinrentnern, entlassenen Angestellten, die dadurch, daß sie keine Unterstützung erhalten, noch ein viel traurigeres Kapitel darstellen als die unterstützten Arbeitslosen. (Sehr gut! rechts.)

Ich komme nun zu dem zweiten hervorstechenden Merkmal der rheinischen Wirtschaft, das ist die Lage der Landwirtschaft. Ich brauche hier keine Zahlen anzugeben. Das eine Erfreuliche kann die Landwirtschaftlich augenblicklich für sich verbuchen, daß wohl von rechts bis links kein Zweifel mehr darüber besteht, daß es heute nicht mehr heißt: Krisis, sondern Zusammenbruch der Landwirtschaft. (Zustimmung der Abgeordneten Dr. Hold und Krawinkel.) Von einer Rentabilität kann keine Rede mehr sein. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Intensive Wirtschaft machen!) Und das ist gerade die wichtigste Lehre des vergangenen Jahres, daß eine solche Rentabilität nicht nur

nicht möglich ist in einem von der Witterung schlecht bedachten Jahre — denn von der Witterung ist die Landwirtschaft ja abhängig —, sondern daß sogar eine Rentabilität in einem Jahre nicht zu erzielen ist, das von der Witterung so außerordentlich begünstigt war wie das letzte. Wir können augenblicklich nur mit Schrecken und Sorge daran denken, was in diesem Jahre werden wird, wo die Landwirtschaft ein so schlimmes Frühjahr in bezug auf die Witterung hinter sich hat. (Sehr richtig! rechts.)

Auf die Zunahme der Verschuldung in der Rheinprovinz hat der Herr Oberpräsident schon hingewiesen. Sie hat im letzten Jahre wiederum über 100 Millionen betragen, das sind 75 Mark pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Flächen. Es mögen auch die Augenstehenden bedenken, was es bedeutet, und das möge auch manchen Gegensatz zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Berufsständen und manches harte Wort erklären, wenn jemand ein ganzes Jahr gearbeitet hat, nicht nur 8 Stunden, sondern vielleicht 10, 12 oder 14 Stunden täglich, und er nun am Ende des Jahres nicht nur nichts verdient hat, nicht nur sich und seine Familie nicht hat ordentlich ernähren können, sondern noch ärmer geworden ist, als er am Anfang des Jahres war. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Von diesem Schicksal sind zur Zeit annähernd 20 Prozent der Bevölkerung der Rheinprovinz betroffen, und zwar ein Bevölkerungsteil, der für das Volksganze und für die Erhaltung des Volksbestandes ganz besonders wertvoll ist und dessen Kaufkraft auch für große Zweige der Industrie und des Handels und damit auch für die anderen Stände und für die Arbeiter von der größten Bedeutung ist. (Zustimmung rechts.) Es verschärft sich jetzt in schnellem Steigen das, worauf ich schon im vorigen Jahre hinwies: die Landflucht und das Herabsinken vor allem der kleinbäuerlichen Bevölkerung und hier wieder namentlich in den mageren Gebieten des Hunsrücks, der Eifel und des Westerwaldes auf einen Stand der Lebenshaltung, der nur noch ein menschenunwürdiges Dahinvegetieren bedeutet und der weit unter dem Niveau des großstädtischen Arbeiters und auch des Arbeitslosen liegt. (Sehr wahr! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Es kann auch nicht scharf genug der Ausnahme widersprochen werden, als ob die Verhältnisse auf diesem Gebiet im Osten noch weit schlimmer lägen als im Westen. Daß das nicht zutrifft, ergibt sich schon klar daraus, daß die Gesamtzahl derjenigen, die von diesen Zuständen betroffen sind, infolge des Kleinbesitzes hier im Westen eine weit weit größere ist als in den östlichen Provinzen. (Zustimmung.)

Aus diesen Darlegungen über die beiden schweren Wunden am Körper unserer rheinischen Wirtschaft: Arbeitslosigkeit und Lage der Landwirtschaft, möchte ich aber nun doch eine Folgerung ziehen, die für die Maßnahmen der Provinzialverwaltung und besonders

auch für Ihre Beratungen von Bedeutung ist, und das ist folgendes: Wir müssen m. E. uns davor hüten, auf Grund der Betrachtung dieses Bildes hier an dieser Stelle in eine Nervosität zu geraten, aus der heraus wir glauben, hier im Provinziallandtag durch Maßnahmen der Provinzverwaltung und durch Mittelbewilligung etwas Wesentliches an diesen Notständen ändern zu können. Das können wir hier ebenso wenig, wie es die Länderlandtage können. Ich bin fest überzeugt, daß durch die 213 Anträge, die im Preussischen Landtag zum Etat der Landwirtschaft angenommen worden sind, die Lage der Landwirtschaft sich aber auch in keiner Weise verändern oder bessern wird. (Zustimmung.) Solche Vorlagen und Bewilligungen sind im Gegenteil leicht geeignet, den Blick von dem allein Wirksamen abzulenken. Denn das, worauf es ankommt, ist, daß wir uns vergegenwärtigen, daß, so wertvoll auch alle unsere kleinen Mittel: Landwirtschaftliches Schulwesen, Meliorationen, Umschulung, Herabsetzung der öffentlichen und sozialen Lasten, Erhöhung der Produktivität, sind, sie nicht helfen können, wenn nicht zunächst die Rentabilität der Landwirtschaft dadurch hergestellt wird, daß erhöhte Preise für ihre Produkte erzielt werden. (Sehr richtig! rechts.) Das können aber nicht wir hier erreichen, sondern das ist Sache der Reichsregierung und des Reichstages.

Daselbe gilt von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Auch hier können nur wirtschaftspolitische Maßnahmen großen Stils und vor allem eine entsprechende Gestaltung unseres wirtschaftlichen Geschickes, wie sie zur Zeit in Paris versucht wird, Abhilfe schaffen. Das wird selbstverständlich nicht hindern, daß auch die kleinen Mittel, die Ihnen im Haushaltsplan und in den Vorlagen vorgeschlagen werden, um unseren besonders bedrängten Berufsständen zu Hilfe zu kommen, von Ihnen mit besonderem Wohlwollen geprüft werden.

Ich möchte aber noch vor einer anderen Folgerung aus unserer bedauerlichen wirtschaftlichen Lage warnen; das ist eine Politik der Katastrophe und der Verzweiflung gegenüber der öffentlichen Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung. Öffentliche Wirtschaft und Privatwirtschaft müssen sich bewußt bleiben, daß sie beide zum Wiederaufstieg unseres Volkes notwendig sind, daß sie beide sich gegenseitig verständigen und aufeinander Rücksicht nehmen müssen, die öffentliche Wirtschaft vor allem dadurch, daß sie durch äußerste Sparsamkeit und Einschränkung der Ausgaben auf die Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaft Rücksicht nimmt, die letztere aber auch dadurch, daß sie der öffentlichen Wirtschaft die nötigen Mittel zu ihrem Weiterarbeiten auf den ihr zugewiesenen Gebieten bewilligt.

Bei Aufstellung des vorliegenden Haushaltsplanes hat dieser Grundsatz dazu geführt, daß von vornherein für die Verwaltung der eine Satz feststand: Die Provinzialumlage darf unter keinen Umständen erhöht

werden. Schon die ersten oberflächlichen Aufstellungen ergaben allerdings auch, daß von einer Ermäßigung der Provinzialumlage ebenfalls keine Rede sein konnte. Es ergab sich sofort, daß die zwangsläufigen Mehrausgaben auf einzelnen Gebieten: Irrenpflege, Straßenbau, Anleihebetrieb so groß waren, daß es der größten und gewaltsamsten Anstrengungen bedurfte, um mit der bisherigen Provinzialumlage auszukommen. Um dieses Ziel zu erreichen, waren drei Wege möglich: Erstens die möglichste Einschränkung der Ausgaben des ordentlichen Haushaltsplans, zweitens die möglichste Ueberweisung von Ausgaben aus dem ordentlichen in den außerordentlichen Haushaltsplan, wo sie wenigstens die Provinzialumlage nicht beeinflussen, und drittens die Heraufsetzung der Einnahmen. Alle drei Wege sind nach Möglichkeit vom Provinzialausschuß beschritten worden.

Ich darf dabei zunächst zu den Ausgaben des Haushaltsplans übergehen. Die allgemeine Uebersicht zeigt Ihnen folgendes Bild: Die Bruttoausgabe ist von 139,8 auf 145,5 Millionen gestiegen. Zieht man aber davon die Erstattungen innerhalb der Verwaltung ab, so ist die Nettoausgabe des ordentlichen Haushaltsplans von 130 auf 133 Millionen gestiegen. Zieht man ferner ab die eigenen Einnahmen, vor allem aus Pflegekosten, und den Staatsanteil der Fürsorgeerziehung, so bleibt der Betrag, der durch Reichsteuerüberweisungen, Staatsdotations-, Kraftfahrzeugsteuer und Provinzialumlage zu decken ist. Dieser ist von 51,5 auf 54,7 Millionen gestiegen. In diesen 3 Millionen mehr kommt im wesentlichen die Mehreinnahme aus der Kraftfahrzeugsteuer von 3 Millionen zum Ausdruck, die auf der anderen Seite zu Mehrausgaben in der Straßenverwaltung verwendet werden soll.

Auf die wichtigsten Posten möchte ich nun noch besonders eingehen.

Die persönlichen Ausgaben an Besoldungen und Löhnen sind im Haushaltsplan nicht an einer Stelle, sondern an verschiedenen Stellen enthalten. Dafür ist aber, um Ihnen eine Uebersicht zu ermöglichen, auf Seite 94 und 95 des Haushaltsplans eine zahlenmäßige Gesamtaufstellung sowohl der Zahl der Beamten und Angestellten wie auch der Besoldungen und Löhne gegeben. Sie ersehen daraus, daß die Ausgaben von 13 600 000 RM auf 14 600 000 RM, also um 1 Million, gestiegen sind. Das ist einmal die Wirkung einer zahlenmäßigen Vermehrung der Beamten und Angestellten. Diese ist aber in ihren beiden wichtigsten Posten auf Umstände zurückzuführen, die durchaus zwangsläufig sind. Das ist zunächst die Vermehrung des Pflegepersonals in den Irrenanstalten, die mit der entsprechenden Vermehrung der Kranken Hand in Hand geht. Die Kranken haben dort um 7,32 Prozent zugenommen. Damit hat sich automatisch auch das Pflegepersonal vermehrt, und zwar um 7,11 Prozent.

Nichtsdestoweniger macht diese Vermehrung bei der Größe und dem Umfang unserer Anstalten nicht weniger als 133 Beamte und Angestellte aus. Sodann ist die Abteilung Straßenbau um 19 Stellen vermehrt worden aus Gründen, die Ihnen verständlich sind, wenn Sie die großen Aufgaben bedenken, die augenblicklich auf diesem Gebiete zu lösen sind. Die Mehrausgabe ist aber weiter zurückzuführen auf die Durchführung der neuen Besoldungsordnung. Hier hat sich der Provinzialausschuß durchaus an den Beschluß des vorigen Provinziallandtags gehalten, wonach die Besoldung sich an die Regelung in den rheinischen Großstädten, wie sie in den rechts- und linksrheinischen Vereinigungen festgelegt wird, anschließen soll. Daß sich der Provinzialausschuß durchaus daran gehalten hat, ersehen Sie am besten daraus, daß in keiner der Eingaben und Beschwerden der Beamten, die Ihnen ja zugegangen sind, auch nur die Behauptung aufgestellt wird, daß sie schlechter gestellt seien als die entsprechenden Beamten der Großstädte. Nur in einer Eingabe, die mir heute morgen zugegangen ist, findet sich an einer Stelle solche Behauptung. Angeblich sollen die sogenannten Amtsgehilfen in den Großstädten Gelegenheit haben, Betriebsassistenten mit einer Gehaltszulage von 300 RM zu werden, und das sei im Besoldungsplan der Provinzialverwaltung nicht vorgesehen. Sollte das der Fall sein, so hätte in diesem Punkte allerdings der Provinzialausschuß einen Fehler begangen, und dieser Fehler würde dann nachträglich noch repariert werden müssen. Ich habe noch nicht prüfen können, ob das bei den Großstädten wirklich der Fall ist.

Der Haushaltsplan der Vermögens- und Schuldenverwaltung sieht zur Verzinsung und Tilgung der Anleihen ein Mehr von annähernd $1\frac{1}{2}$ Millionen vor. Dieser Betrag bezieht sich im wesentlichen auf die Anleihen, die Sie in früheren Jahren beschlossen haben. Er ist also auch nicht zu vermeiden. Im übrigen werde ich später noch auf die Anleihenwirtschaft der Provinz zurückkommen.

Bei den Ausgaben dieses Haushalts ist dann auch wieder die Frage der Deckung des Fehlbetrages des ordentlichen Haushalts 1925 zu erörtern. Er betrug damals bekanntlich 4 382 000 RM. Im vorigen Jahre waren zur Deckung des Betrages 300 000 RM vorgesehen. Im Laufe der Beratungen des Provinziallandtags verschwanden aber diese 300 000 RM und sie wurden für andere Zwecke verwendet. Diese Entscheidung wurde Ihnen damals dadurch erleichtert, daß ich in Aussicht stellen konnte, daß das Rechnungsjahr 1927 mit einem Ueberschuß von etwa $1\frac{1}{2}$ Millionen abschließen würde. Es wurde dann beschlossen, diesen Ueberschuß zur Deckung des Fehlbetrages von 1925 zu verwenden. Ich habe damals ganz richtig prophezeit, denn der Ueberschuß hat in Wirklichkeit 1 728 000 RM betragen. Davon wurden 78 000 RM zur Deckung

eines Fehlbetrages im außerordentlichen Haushaltsplan verwendet. Dann standen noch 1 649 000 RM zur Verfügung. Nachdem diese abgeschrieben sind, beläuft sich heute der Fehlbetrag noch auf 2 732 000 RM.

In diesem Jahre hatte nun der Provinzialausschuß, wie Ihnen der vorliegende Haushaltsplan zeigt, ganze 200 000 RM zur Deckung dieses Fehlbetrages in den Haushaltsplan eingestellt, praktisch wohl von keiner Bedeutung, immerhin eine recht schöne Geste! Es konnte aber nicht mehr eingestellt werden, weil nicht mehr übrig blieb, nachdem die übrigen Ausgaben eingesetzt waren, und wir die Provinzialumlage nicht erhöhen wollten. Aber die Mühe, für diese 200 000 Mark nun eine anderweite Verwendungsmöglichkeit zu suchen, hat Ihnen in diesem Jahre der Provinzialausschuß abgenommen, indem er Ihnen noch zwei nachträgliche Vorlagen unterbreitet hat, durch die schon über 162 000 RM von diesen 200 000 RM verfügt wird, so daß nur noch 38 000 RM zur Deckung des Fehlbetrages übrig bleiben. Ich habe fast die Befürchtung, daß vor Schluß des Landtages auch diese 38 000 RM noch irgendwohin verschwinden werden. Das ist um so bedauerlicher, als ich in diesem Jahre Ihnen einen Uberschuß aus dem Jahre 1928 nicht in Aussicht stellen kann. Gerade die außerordentliche Kälte bewirkt für uns große Mehrausgaben auf dem Gebiete des Landesfürsorgewesens, aber auch bei der Verwaltung der Anstalten durch den Mehrverbrauch an Kohlen, und wir können sehr zufrieden sein, wenn das Jahr ohne ein Defizit abschließen wird.

Der zweite größte und wichtigste Ausgabenposten ist die Provinzialstraßenverwaltung. Hier richten sich die Ausgaben für die laufende Unterhaltung einmal nach der Straßenlänge. Heute sind 6800 Kilometer Straßen in der Unterhaltung der Provinz. Alljährlich nimmt diese Zahl zu, entsprechend dem Beschlusse, den Sie vor mehreren Jahren gefaßt haben, allmählich weitere 2000 Kilometer Kreis- und Gemeindegewege auf die Provinz zu übernehmen. Bis jetzt sind davon 468 Kilometer übernommen. Im Ausbau begriffen sind 463 Kilometer, von denen im Laufe des Jahres vielleicht noch etwa 150 Kilometer übernommen werden. Mit der Durchführung dieses Programms wird auch ein Wunsch entsprochen, der im Preußischen Landtage immer wieder zum Ausdruck gebracht worden ist und der dahin geht, daß den Stadt- und Landgemeinden die für sie allmählich untragbar gewordenen Wegebaulasten in größerem Maße abgenommen und auf breitere Schultern abgewälzt werden sollen. Diese Übernahme ist ja auch innerlich gerechtfertigt, soweit diese Straßen im wesentlichen durch ortsfremde Autos verschliffen werden.

Bei der Unterstützung des Kreis- und Gemeindegewebes sind die bisherigen Beträge beibehalten worden: 2,7 Millionen im ordentlichen Haushaltsplan

und 2 Millionen in der Anleihe. Viel weitergehende Wünsche liegen vor. Es konnte aber von einer Erhöhung um so eher abgesehen werden, als ja jetzt ein Teil der Kraftfahrzeugsteuer den Stadt- und Landkreisen zugute kommt. Sollte bei den Verhandlungen über die Unterverteilung der Kraftfahrzeugsteuer durch einen neuen Verteilungsschlüssel der bisher den Provinzen zufließende Betrag zum Vorteil der Kreise weiter gekürzt werden, so wird auch der für Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues von der Provinz den Kreisen und Gemeinden zufließende Anteil entsprechend zu kürzen sein. Der Provinzialausschuß hat auf diese Möglichkeit im Bericht ausdrücklich hingewiesen. An sich wäre es außerordentlich bedauerlich, wenn es dazu käme. Vor allem wäre es deshalb bedauerlich, weil doch unbedingt daran festgehalten werden muß, daß die an sich recht hohe und drückende Kraftfahrzeugsteuer eine Zwecksteuer ist, die im Interesse der Kraftfahrzeugbesitzer zur Erleichterung des Autoverkehrs verwendet werden muß. Dem würde es aber völlig widersprechen, wenn sie zur Instandhaltung von Ortsstraßen und Gemeindegewegen Verwendung fände.

Damit komme ich auf das große Straßenbauprojekt, das Ihnen vorgelegt wird und das im wesentlichen auf dem Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer beruht: Das Projekt der Straße Bonn-Köln-Düsseldorf-Industriegebiet. Ich darf hier hinweisen auf alle früheren Verhandlungen, die über diesen Punkt geführt worden sind. Zwei Umstände haben inzwischen zu einem schnelleren Handeln genötigt: erstens die Tatsache, daß, wie die Unfallstatistik und die Zustände auf der Straße zeigen, es so wie bisher nicht weiter bleiben konnte, sondern daß eine Abhilfe geschaffen werden mußte, nicht nur im Interesse der Autobesitzer, sondern vor allem auch im Interesse der Anwohner und der sonstigen Benutzer der Straße, und zweitens die Tatsache, daß inzwischen der Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer, der doch in einem gewissen inneren Zusammenhang mit diesem gewaltigen Autoverkehr steht, eine allmähliche, stets steigende Mehreinnahme für die Provinz gebracht hat. Als wir im Jahre 1926 zuerst über diese Straße berieten, hatten wir in der Rheinprovinz einen Ertrag an Kraftfahrzeugsteuer von 11 Millionen; in diesem Jahre sind es 18, vielleicht 19 Millionen. Das konnte zu dem Gedanken führen, von der Bedingung, die Sie damals aufgestellt hatten, eine niveaufreie Autostraße nur dann zu bauen, wenn dafür die Kraftfahrzeugbesitzer eine besondere Abgabe entrichteten, abzusehen. Diese Entscheidung wurde dann aber auch noch dadurch wesentlich erleichtert, daß genaue Berechnungen ergaben, daß die Mehrkosten für die niveaufreie Autostraße gegenüber der Straße im Niveau gar nicht so bedeutend waren, als wir angenommen hatten. Sie waren deshalb nicht so bedeutend, weil auch bei

der grundsätzlich im Planum anzulegenden Straße doch nicht daran vorbeizukommen sein würde, alle Eisenbahnübergänge durch Ueberführungen oder Unterführungen zu vermeiden. Wenn man aber dazu doch genötigt war, so konnten die Verbindungen zwischen diesen einzelnen Unter- und Ueberführungen durch Höherlegung auch des übrigen Teils der Straße nicht mehr so entscheidend ins Gewicht fallen. Sie sehen aus der ausführlichen Vorlage, auf die ich im übrigen Bezug nehme, daß es sich um eine Mehrausgabe von insgesamt etwa 10 Prozent handelt. Immerhin ist die finanzielle Gesamtbelastung des Provinzialverbandes durch den Bau einer solchen Straße eine ganz gewaltige. Es handelt sich um einen Betrag von etwa 30 Millionen, von dem ein kleiner Teil aus der werteschaffenden Erwerbslosenfürsorge zugesteuert wird, und der größte Teil im Wege der Anleihe aufzubringen ist. Die Belastung mit Zinsen und Tilgung wird in ihrem Höchstbetrage vom Jahre 1934 an etwa 2½ Millionen ausmachen. Wenn die Kraftfahrzeugsteuer in der bisherigen Weise bleibt, ist m. E. dieser Betrag für die Provinz tragbar. Er wird gewissermaßen vorweg aus der Kraftfahrzeugsteuer genommen. Der entsprechende Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer wird kapitalisiert. Das gefährliche Risiko, das die Entscheidung schwer macht, liegt nur darin, daß die Gesetzgebung, sei es im Reich, sei es in Preußen, dazu übergehen könnte, entweder den Provinzen die Kraftfahrzeugsteuer zum Teil oder überhaupt zu entziehen oder aber sie unter den Provinzen anderweitig zum Nachteil der Rheinprovinz zu verteilen. Hier müssen wir eben etwas Vertrauen auf unsere guten Gründe, dann aber auch auf die Einsicht von Staatsregierung und Parlamentariern haben. Denn es muß doch einer Provinz möglich sein, eine finanzielle Disposition für die Zukunft zu treffen. Sie darf doch dabei nicht befürchten müssen, daß ihr jeden Tag der finanzielle Boden unter den Füßen durch eine Aenderung der Gesetzgebung weggezogen werden kann. Die Entscheidung des Provinzialausschusses wurde aber auch noch beeinflusst durch die Tatsache, daß der Bau dieser Straße wesentlich dazu geeignet ist, den Arbeitsmarkt zu entlasten. Eine Zahl von 420 000 Arbeitslosen-Tagewerken ist allein für die Strecke Bonn-Köln vorgesehen. Dazu kommt noch die indirekte Entlastung, die durch die Herstellung und Heranbringung des Materials erfolgt. Wie notwendig hier Maßnahmen sind, an denen sich auch die Provinz beteiligen muß, habe ich ja in meinen allgemeinen Ausführungen dargelegt. Infolgedessen wird auch der Bau der Straße von der Regierung in Köln und vor allem von dem Landesarbeitsamt in Köln in nachdrücklichster Weise unterstützt.

Bei der Fürsorgeerziehung, auf die ich jetzt komme, ist die erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen, daß wir etwa mit 600 Zöglingen weniger zu rechnen haben.

Die Zahl ist zurückgegangen von 14 200 auf 13 600, das macht eine Minderausgabe von rund 1½ Millionen, wovon 1 Million zugunsten des Staates und 500 000 RM zugunsten der Provinz gehen. Wir können nur den Wunsch haben, daß diese Entwicklung weitergehen möge, denn die Notwendigkeit, daß in einem Falle Fürsorgeerziehung angeordnet werden muß, ist sicherlich stets höchst bedauerlich. Aber für den Zögling selbst ist es eine Wohltat und ein Segen, was auch in immer größerem Umfange von den Zöglingen und ihren Eltern anerkannt wird. (Abgeordneter Mohl: Hört, hört!) Wenn heute die Fürsorgeerziehung abgeschafft, und die sämtlichen Fürsorgezöglinge entlassen würden, so würde das nur bedeuten. (Zuruf Mohl: Daß das Zentrum mehr Geld in den Sack stecken kann!), daß allmählich die Fürsorgeerziehungsanstalten eine neue Verwendung als Gefängnisse und Zuchthäuser finden würden für viele von denen, denen heute in kritischer Zeit durch die Fürsorgeerziehung die rettende und bessernde Hand gereicht wird. (Zustimmung rechts und in der Mitte; Widerspruch links.) Die letzten Monate haben von einzelnen Stellen eine systematische Herabsetzung und Bekämpfung der Fürsorgeerziehung, ihrer Anstalten und Einrichtungen gebracht, in Büchern, in Film, in Theater. Die Wirkung auf solche, die von den wirklichen Zuständen in den Anstalten keine Ahnung haben, kann leider nicht ausbleiben. Das ist bedauerlich, vor allem im Interesse der Zöglinge selbst, bedauerlich zunächst deshalb, weil in diesen Büchern und Theaterstücken in erster Linie die Zöglinge dargestellt werden als eine Bande von angehenden Verbrechern und Straßenlummeln schlimmster Art. Dieser Verleumdung unserer Fürsorgezöglinge, die in der Lage ist, sie für das ganze Leben unmöglich zu machen, kann nicht scharf genug widersprochen werden. Dann sind es natürlich die Erzieher, die durch die Bank nur eine Mischung von Dummheit oder Gemeinheit darstellen, dabei wird kein Unterschied gemacht, ob es sich um eine öffentliche Anstalt oder eine Anstalt der freien Wohlfahrtspflege handelt. Der einzige, der sich über alle anderen erhebt, ist Peter Martin Lampel (Zuruf Mohl: Na, jetzt kommts!), der Verfasser eines Buches und eines Bühnenstückes über die Fürsorgeerziehung, der neue Prophet auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung. (Heiterkeit!) Er sagt von sich selbst, daß er schon folgende Berufe durchgemacht hat: Student der Philosophie, der Staatswissenschaften, der Rechte und der Malerei, zwischendurch Bureauvorsteher, Filmstatist, Polizeioffizier, Waldarbeiter, Rechtsanwaltschreiber, Propagandist im Luftverkehr, Riesgrubenarbeiter, Organisator und Fassadenmaler, Banknotendrucker, beim Freikorps, Sporthilfslehrer und Bankangestellter, Putzschiff, Angestellter der Reichswehr, Kraftfahrzeuglehrer, Leiter einer Reparaturwerkstatt, Hilfsreferent beim Stabe des Wehrkreiskommandos. (Heiterkeit!) Er versucht dann, Erzieher in Erziehungs-

holung geboten werden, und es sollen damit spätere Ausgaben für die Heilung von Krankheiten von Körper und Geist — für die es dann manchmal zu spät ist — vermieden werden. Es sind dafür 100 000 RM im ordentlichen und 400 000 RM im außerordentlichen Haushaltsplan vorgesehen. Unter demselben Gesichtspunkt ist auch die Vorlage anzusehen, die die Förderung guter, der Jugend zuträglicher Lichtspielvorführungen zum Ziele hat.

Ganz besonders bedenklich, aber nicht zu vermeiden, ist die Mehrausgabe beim Landesfürsorgewesen mit 500 000 RM. Als Folge unserer wirtschaftlichen Zustände nimmt das Wandern Arbeitsloser wieder zu. Diese Arbeitslosen werden, wenn sie hilfsbedürftig werden oder das Bedürfnis haben, einmal ein schützendes Asyl aufzusuchen, von den Bezirksfürsorgeverbänden auf Kosten der Provinz verpflegt. Die Rechtsprechung ist inzwischen für uns sehr ungünstig geworden, so daß wir sämtliche entstehenden Kosten bezahlen müssen, und wir werden auch in den nächsten Jahren auf diesem Gebiete noch eine stets steigende Tendenz haben. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Frage endlich einmal eine gesetzliche Regelung durch ein Wanderer-Fürsorgegesetz fände, daß es ermöglichte, nicht nur wie jetzt vorübergehend Almosen zu geben und unterzubringen, sondern eine dauernde Fürsorge eintreten zu lassen. Dieses Wanderer-Fürsorgegesetz müßte allerdings Hand in Hand gehen mit einem Bewahrungsgesetz, das es ermöglicht, solche Wandernden, die für den Arbeitsmarkt wegen körperlicher oder geistiger Mängel nicht mehr in Frage kommen, von der Landstraße weg in dauernde Verwahrung zu nehmen. (Hört, hört! bei den Kommunisten). Inzwischen hat die besondere Fürsorge für jugendliche Wanderer, die im vorigen Provinziallandtag beschlossen worden ist und die darin besteht, die jugendlichen Wanderer mit Hilfe des Jugendamtes möglichst schnell wieder in ihre Heimat zu befördern, recht gute Erfolge gehabt. Die Befürchtung, daß etwa die jugendlichen Wanderer das Geld und das Billett nehmen und sich dann unterwegs aus dem Staube machen würden, hat sich in keiner Weise bewahrheitet. Von rund 1000 Fällen, die in diesem ersten Jahre erfaßt wurden, sind nur etwa 50 nicht zu Hause eingetroffen.

Eine sehr schwere, aber ebenfalls unvermeidbare Belastung entsteht der Provinz durch die Zunahme der Geisteskranken. Ich verweise auf die besondere Vorlage. Die Zahl ist von 12 200 Kranken im Jahre 1924 auf über 17 000 Kranke, die wir heute zu versorgen haben, gestiegen. Die Steigerung beträgt also jährlich etwa 1000. Mit einer weiteren Zunahme für die folgenden Jahre ist zu rechnen. Die laufenden Mehrausgaben, die der Provinz in diesem Jahre dadurch entstehen, betragen über 1 Million. Wir hätten sie etwas herabdrücken können, wenn wir den Spezial-

kostensatz, den die Kreise und Gemeinden zu zahlen haben, etwas erhöht hätten. Davon haben wir aber im Interesse der Finanzen der Stadt- und Landkreise abgesehen und die ganze Last auf den Provinzialverband übernommen.

Wenn wir uns finanziell rühren könnten und nicht auf äußerste Sparsamkeit bedacht sein müßten, so hätte Ihnen in diesem Jahre auch eine Vorlage über die Erbauung einer neuen Irrenanstalt mit mindestens 1200 Plätzen und einem Kostenaufwande von vielleicht 10 Millionen unterbreitet werden müssen. In der Vorkriegszeit wäre das auch sicher geschehen. Wie die Verhältnisse aber heute liegen, müssen wir uns behelfen. Sie sehen, wir tun es dadurch, daß wir in den vorhandenen Irrenanstalten Umbauten vornehmen, neue Häuser dazu setzen und auf diese Weise versuchen, des Mehrbedarfs an Plätzen in etwa Herr zu werden.

Es ist besonders bedauerlich — darauf hat der Herr Oberpräsident schon hingewiesen —, daß die Ausgaben für kulturelle Zwecke, vor allem zur Förderung von Kunst und Wissenschaft, im wesentlichen auf dem für die Rheinprovinz im Verhältnis zu anderen Provinzen ganz bescheidenen Betrage von noch nicht 600 000 RM bleiben mußten. (Zuruf des Abg. Wohl: Die gefräßige Kirche fordert mehr!) Aber auch hier konnten alle weiteren, noch so nachdrücklichst vorgebrachten Wünsche aus Mangel an Mitteln keine Berücksichtigung finden. Es war daher auch für die Rheinische Provinzialverwaltung nicht möglich, den so nahe liegenden Gedanken zu verwirklichen und auch für die Provinzialmuseen das eine oder andere rheinische Stück aus der berühmten Sigmaringer Sammlung zu erwerben.

Unter dem Titel „Verschiedenes“ und in einzelnen besonderen Vorlagen werden dann noch Mittel teils im ordentlichen, teils im außerordentlichen Haushaltsplan angefordert für die Durchführung von Projekten auf dem Gebiete der Landesmelioration, des Hochwasserschutzes oder für einzelne Sonderzwecke, wie beispielsweise die Niersregulierung, die Aggertalsperre, das Haus der Technik in Essen und die Anlage von Weinbergswegen. Ich versichere Ihnen, die Projekte, die hier an Sie gelangen, stellen nur einen ganz kleinen Ausschnitt aus den Wünschen dar, die auf diesen Gebieten ständig an die Provinzialverwaltung herantreten.

Infolgedessen möchte ich hierzu ein allgemeines Wort sagen: Es werden m. E. viel zu viel Projekte auf allen Gebieten gemacht, es wird viel zu viel geplant (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft), und, was besonders schlimm ist, wenn die projektierenden Stellen die Mittel nicht selbst aufzubringen haben, sondern sich dafür an andere Stellen zu wenden pflegen, dann verfällt man immer in erster Linie auf die Provinzialverwaltung, die angeblich dafür Geld

zur Verfügung haben müßte. Ich kann hiervon auch einzelne Stellen der Staatsregierung und auch der Parlamentarier nicht ausnehmen. Der erste Mißstand ist, daß Hoffnungen erweckt werden, die nachher nicht erfüllt werden können. Schlimmer ist aber noch, daß hinterher die angegangene Stelle, vor allem auch die Provinzialverwaltung, nachdem alles fertig, und sie zu einem gewissen Betrage bei der Finanzierung verurteilt ist, das Odium der Ablehnung nicht mehr auf sich laden kann und nun genötigt ist, die geforderten Mittel zu bewilligen, mag es auch finanziell noch so bedenklich sein. Am besten wäre geholfen, wenn nur solche Stellen sich mit dem Projektmachen und Planen beschäftigten, die sich auch den Kopf darüber zerbrechen müssen, wie die Mittel beschafft werden, und wie sie bei Durchführung des Projektes im nächsten Frühjahr ihren Haushaltsplan balancieren sollen. (Sehr richtig!) Dann würde weit weniger geplant, aber vielleicht auch manche große Kostenüberschreitung bei der Durchführung der Projekte vermieden.

Im übrigen kann ich an dieser Stelle wegen der weiteren Ausgabeposten nur noch auf die Vorlagen und die Erläuterungen in den Kommissionen verweisen. Wenn Sie einen Gesamtblick darüber werfen, so sehen Sie, daß der größte Teil auf Gesetz und rechtlichen Verpflichtungen beruht und daher überhaupt nicht gekürzt werden kann, daß aber auch die freiwilligen Ausgaben für wirtschaftliche, besonders landwirtschaftliche und gewerbliche Zwecke, auf sozialem und kulturellem Gebiete auf ein Mindestmaß herabgedrückt sind. Die Schätzungen, die bei manchen großen Ausgabeposten, wie in der Irrenfürsorge und im Landesfürsorgewesen, vorgenommen sind, sind so knapp gehalten, daß es sehr zweifelhaft ist, ob sie eingehalten werden können.

Auch bei dem zweiten Mittel zur Vermeidung einer erhöhten Provinzialumlage, dem Hinüberschieben von Ausgaben aus dem ordentlichen in den außerordentlichen Haushalt, ist der Provinzialausschuß recht weit gegangen, und zwar zunächst bei der Straßenverwaltung. Hier wird Ihnen wieder eine Anleihe von 10 Millionen vorgeschlagen. Davon sind 4 Millionen für die geplante Kraftwagenstraße Bonn—Düsseldorf und 3 Millionen zum weiteren Ausbau des vorhandenen Straßennetzes, vor allem zur Beseitigung verkehrgefährlicher Eisenbahnübergänge vorgesehen.

Von ganz besonderer Bedeutung ist die ebenfalls vorgesehene Bewilligung von 1 Million zur Unterstützung des Baues zwischengemeindlicher Straßen und Verkehrsanlagen im niederrheinischen Industriegebiet, vor allem im Gebiet des Ruhrfiedlungsverbandes. Bis jetzt hat der Provinziallandtag stets davon abgesehen, die für Straßenbauten bewilligten Mittel auf einzelne Bezirke der Provinz aufzuteilen. Das darf grundsätzlich auch in Zukunft nicht geschehen, denn es muß davon ausgegangen werden, daß jeder Teil der Pro-

vinz Nutzen davon hat, wenn in der Provinz insgesamt befriedigende Verkehrsverhältnisse geschaffen werden. Beispielsweise kommt auch die geplante Straße Bonn—Industriegebiet in ganz besonderem Maße auch dem Industriegebiet selbst zugute. Nun liegen aber im rechtsrheinischen Industriegebiet insofern besondere Verhältnisse vor, als dort der größte Teil der Provinzialstraßen an die Städte zur Unterhaltung und Verwaltung abgetreten ist. Die Städte erhalten dafür eine Rente und außerdem einen Anteil an der Kraftfahrzeugsteuer. Aber die Ergänzung und der Ausbau des Straßennetzes erfolgen doch im allgemeinen nach den Planungen und mit Zuschüssen des Ruhrfiedlungsverbandes durch die Städte selbst. Da erscheint es billig, diese Aufgabe hier durch Unterstützung der von Städten und Ruhrfiedlungsverband errichteten Verkehrsanlagen durchzuführen.

Bei den meisten Anforderungen für die Straßenverwaltung kann man zweifelhaft sein, wieviel von den Ausgaben auf Anleihen und wieviel in den ordentlichen Haushaltsplan genommen werden soll. Die Berechnung hat sich für uns dadurch ergeben, daß einmal der Gesamtbetrag nach dem Bedürfnis festgestellt und dann ermittelt wird, wieviel der ordentliche Haushaltsplan ohne Erhöhung der Provinzialumlage tragen kann; der Rest muß dann leider auf Anleihe genommen werden. In den letzten Provinziallandtagen sind nun regelmäßig die Vorschläge des Provinzialausschusses hier noch erhöht worden, und zwar vor allem durch Beschlüsse über Aufnahme weiterer Anleihen für den Straßenbau. Ich möchte dringend bitten, in diesem Provinziallandtage davon abzusehen. Die Vorschläge des Provinzialausschusses gehen tatsächlich bis an die Grenze des Möglichen. Das Straßennetz der Rheinprovinz ist inzwischen auch in einem solchen Zustande, daß es jeden Vergleich mit anderen Provinzen wohl aushalten kann. Die zahlreichen Beschwerden und Wünsche auf dem Straßengebiete, mit denen beladen viele von Ihnen auch sicher hier in den Provinziallandtag gekommen sind, bitte ich mir zunächst nur zur Kenntnismahme zu übermitteln. Sie müssen dann nach der Dringlichkeit geordnet und in den Rahmen der vorhandenen Mittel eingespannt werden.

Bei den außerordentlichen Aufwendungen des Hochbaues von 3 795 000 RM ist vor allem darauf hinzuweisen, daß darin die Beträge für die Erweiterung von Irrenanstalten stecken, wodurch in Wirklichkeit, wie gesagt, eine neue Anstalt gespart wird.

Dringend notwendig wäre schon seit Jahren der Bau einer neuen Taubstummenanstalt in Aachen an Stelle der völlig unzulänglichen alten Anstalt. Aber auch dieser Wunsch hat aus Sparsamkeitsgründen für dieses Jahr wiederum zurückgestellt werden müssen.

Dagegen hat der Provinzialausschuß sich den Gründen für die Erweiterung des Landeshauses nicht ver-

schlossen und den dafür erforderlichen Betrag von 980 000 RM in den Haushaltsplan aufgenommen. Ich möchte auch hier zur Begründung auf die Vorlage und auf etwaige weitere Ausführungen im Ausschuß verweisen und nur anführen, daß die Verwaltungsräume der Provinz seit dem Jahre 1911 keinerlei Vergrößerung erfahren haben. Es wird nicht viele Selbstverwaltungskörper geben, die das von sich sagen können. Das wäre nun, wenn Vergrößerungen nicht nötig wären, sicherlich erfreulich. Aber die neuen Aufgaben der Kriegs- und Nachkriegszeit, die neuen großen Fürsorgeaufgaben für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Krüppel, die uns übertragen worden sind, vor allem aber die Umgestaltung des Landstraßenwesens mit Ausgaben von heute 40 Millionen jährlich gegen 7 Millionen in der Vorkriegszeit und mit der Notwendigkeit, heute neue Straßen zu planen und zu bauen, was vor dem Kriege bei der Provinzialverwaltung ganz unbekannt war, alles das brachte mit Naturnotwendigkeit auch eine Erweiterung der Zentralverwaltung mit sich. Um wieviel mehr und größere Aufgaben es sich heute bei der Provinzialverwaltung handelt, und wie die ganzen Anforderungen, die an die Bearbeitung der Angelegenheiten gestellt werden, heute andere sind als vor dem Kriege, dafür werden Sie selbst, meine Damen und Herren — das kann ich sagen, ohne ein Prophet zu sein — morgen einen neuen Beweis erbringen, wenn Sie einmal die Reden, die morgen hier gehalten werden, mit der einen kurzen Antwortrede vergleichen, mit der in früheren Jahren dem Landeshauptmann auf seine Ausführungen im Provinziallandtage geantwortet wurde. (Heiterkeit.) Der Vorwurf, der der Verwaltung aus Anlaß dieser Vorlage gemacht werden kann, ist m. E. nur der, daß sie nicht schon vor Jahren damit gekommen ist, denn die Notwendigkeit hat schon längst vorgelegen, und die Behelfsmittel, die inzwischen angewandt worden sind, können nicht nur nicht weiter ausgedehnt werden, sondern sie müssen zum Teil wieder zurückgebaut werden. Es würde auch eine Sparsamkeit an durchaus falscher Stelle bedeuten, wenn man bei einem Haushaltsplan von 130 Millionen an der zentralen Stelle nicht die nötigen Kräfte und Einrichtungen hätte, um die Verwendung dieser großen Summe ausreichend überwachen zu können. Vielleicht ist sogar hier in der Vergangenheit an manchen Stellen schon etwas zu viel gespart worden.

Unter den sonstigen Posten des außerordentlichen Haushalts finden Sie noch die Erhöhung des Stammkapitals der Landesbank um 2½ Millionen. Dadurch wird allerdings der Haushaltsplan der Provinz nicht bedrückt, da dieser Betrag von der Landesbank selbst verzinst wird.

Auf Beschlüssen des letzten Provinziallandtages beruht der Ankauf des Gutes Hommelsheim zum Betrage von 700 000 RM.

Zu all diesen Posten kommt dann noch das Disagio bei Aufnahme der Anleihe von 1 752 000 RM. Es kommt dann leider eine Anleihe von 20 263 000 RM heraus, die zu den bisherigen 60 Millionen Provinzialanleihen hinzukommt.

Meine Damen und Herren! Als Chef der Verwaltung bin ich sicherlich der letzte, der dem Anwachsen unserer Schulden sorglos zusieht. Ich muß aber doch auf zwei wesentliche Punkte aufmerksam machen: Einmal sind in dem Gesamtbetrage 8 Millionen zur Erhöhung des Stammkapitals der Landesbank enthalten. Diesem Betrage steht der entsprechende Gegenwert gegenüber, und die Zinsen werden von anderer Seite aufgebracht. An dem Rest ist die Straßenverwaltung mit 50 Millionen beteiligt. Dieser Betrag wird aus den Mitteln der Kraftfahrzeugsteuer verzinst und mit 5 Prozent getilgt. Das ist, wie ich schon erwähnte, m. E. eine Kapitalisierung der Kraftfahrzeugsteuer, soweit dadurch alljährlich wiederkehrende höhere Ausgaben für immer wieder neues Ausbringen von Straßendecken erspart werden, ist das eine durchaus wirtschaftliche Art des Vorgehens. Auch nähern sich diese Anleihen für Straßenbauzwecke in etwa dem Begriff der Wirtschaftlichkeit und geradezu einer Aufwendung für werbende Zwecke, wenn man sich gegenwärtigt, daß die Benutzer dessen, was mit der Anleihe geschaffen wird, die Kraftfahrzeugbesitzer, in der Kraftfahrzeugsteuer eine Abgabe zahlen, die die Anleihe verzinst und tilgt. Es bleiben dann nur noch 22 Millionen neue Anleihen seit der Inflationszeit für die zahlreichen anderen Aufgaben, vor allen Dingen auf dem Anstaltsgebiet, die wir in der Provinz zu erfüllen haben. Demgegenüber das Bild der Vorkriegszeit: 44 Millionen Anleihen, von denen aber nur 4 Millionen für Straßenbauten und 40 Millionen für Anstalten und unproduktive Zwecke waren.

Ich komme nun zu den Einnahmen, wie sie im Haushaltsplan der Steuern und Ueberweisungen aus Reichs- und Staatsmitteln aufgeführt sind. Die Reichseinkommensteuer und Körperschaftsteuer ist mit demselben Betrage: 10,6 Millionen, wie im Vorjahre, vorgesehen. Das ist an sich bedenklich, denn es ist eher eine Verminderung als eine Erhöhung zu erwarten, einmal mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage, dann aber auch mit Rücksicht darauf, daß vielleicht das Reich, um sein eigenes Defizit zu beseitigen, die Ueberweisungen an die Länder kürzt, was auf die Ueberweisungen an die Kommunen auch einwirken würde. Aber es blieb auch hier, wenn man nicht die Provinzialumlage erhöhen wollte, nichts anderes übrig, als den bisherigen Betrag beizubehalten.

Die Kraftfahrzeugsteuer konnte um 3 Millionen höher angesetzt werden. Dabei wird, wie schon erwähnt, davon ausgegangen, daß die bisherige Art der Verteilung, besonders die Sonderüberweisung an die westlichen Provinzen, erhalten bleibt. Bekanntlich ist

der allgemeine Verteilungsschlüssel unter den Provinzen — die Hälfte nach Grundfläche, die Hälfte nach Straßenlänge — für die verkehrsreichen Provinzen des Westens ganz untragbar, weil auf die Verkehrsstärke keine Rücksicht genommen wird. Dieser Schlüssel wird für uns nur dadurch erträglich, daß wir eine Sonderzuweisung erhalten, die mit 7 Millionen fast so hoch ist wie die ordentliche Zuweisung. Wenn daher vor allem die anderen Provinzen darauf drängen, die Sonderzuweisung wegfällen zu lassen — wogegen an sich die westlichen Provinzen gar nichts einzuwenden haben — so muß der Verteilungsschlüssel für die ordentliche Zuweisung völlig anders festgesetzt werden, und dabei vor allem das Aufkommen in den einzelnen Bezirken in erster Linie zugrunde gelegt werden. Für das Jahr 1929 ist bis jetzt eine solche Aenderung noch nicht vorgesehen. Es muß auf das Bestimmteste erwartet werden, daß die aufgestellten Haushaltspläne nicht jetzt noch durch eine nachträgliche Aenderung durcheinander gebracht werden. Der Provinzialausschuß hat das strenge Bestreben, die Kraftfahrzeugsteuer durchaus als eine Steuer für den Straßenbau zu erhalten und dadurch die Erträge der Kraftfahrzeugsteuer nach oben und unten mit den Aufwendungen für den Straßenbau auf das engste zu verbinden. Kommt an Kraftfahrzeugsteuer mehr ein, so können wir mehr für die Straßen verwenden. Kommt aber weniger ein, so müssen die Beträge gekürzt werden. Dem ist auch durch Nr. 3 des Ihnen vorliegenden Beschlusentwurfs Rechnung getragen. Dort heißt es:

„Sollten die Ueberweisungen aus der Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1929 einen anderen Betrag ergeben, als im Haushaltsplan „Steuern und Ueberweisungen aus Reichs- und Staatsmitteln“ vorgesehen ist, so wird der Provinzialausschuß beauftragt, zur gegebenen Zeit den Ausgleich beim Haushalt der Provinzialstraßenverwaltung herbeizuführen.“

Durch Provinzialumlage bleibt derselbe Betrag wie im vorigen Jahre zu decken: 12.200.000 RM. Leider kann aber jetzt das frühere Verfahren, daß lediglich dieser Betrag in den Beschluß des Landtages eingelegt, und es dem Provinzialausschuß überlassen wird, nunmehr seinerseits die Steuerzuschläge im Laufe des Jahres zu bestimmen, nicht mehr beibehalten werden. Vielmehr ist sowohl durch einen Erlaß des Ministers des Innern wie auch durch ein Urteil des Obergerichtes festgestellt, daß dieses Verfahren ungesetzlich ist, und daß der Provinziallandtag selbst die Prozentsätze festsetzen muß. Wie eine Berechnung ergibt, genügen und sind aber auch erforderlich dieselben Prozentsätze, die in den beiden letzten Jahren erhoben worden sind: 5,25 Prozent Zuschlag zu den Reichssteuerüberweisungen und 9,79 Prozent zu den Realsteuern.

Ich möchte aber zur Beratung des Haushaltsplans noch ein allgemeines Wort sagen.

Bei der Struktur der Provinzialverwaltung und der Arbeitsweise des Provinziallandtags ist es hier nicht möglich, wie in der Kommune, einen Haushaltsplan vorzulegen, der ein Defizit von mehreren Millionen aufweist, und es dann der Selbstverwaltungskörperschaft überläßt, in Verbindung mit der Verwaltung die Deckung für dieses Defizit zu suchen. Dieses Experiment muß hier schon vorher innerhalb der Verwaltung gemacht werden; es muß hier versucht werden, den Haushaltsplan durch Streichungen auf der einen und Erhöhungen auf der anderen Seite auszubalancieren. Das hat auch jetzt die Verwaltung schon vorher getan. Allerdings setzt dieses Verfahren ein gewisses Vertrauensverhältnis voraus. Dieses Vertrauensverhältnis enthebt aber auch die Verwaltung der Versuchung, vielleicht einige Millionen darauf zu schlagen in der Erwartung, daß sie doch gestrichen werden und dann hinterher noch so viel übrig bleibt, um die Bedürfnisse der Verwaltung decken zu können. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Wo geschieht das?) Wie in den vergangenen Jahren habe ich auch in diesem Jahre von einem solchen Verfahren abgesehen, vor allem weil ich den dringenden Wunsch habe, das Vertrauensverhältnis zwischen Provinzialverwaltung, Provinzialausschuß und Provinziallandtag, wie es bisher geherrscht hat, auch für die Zukunft zu erhalten. Ich bin überzeugt, daß damit auch Ihren Sparabsichten in bester Weise entsprochen wird.

Meine Damen und Herren! Der Haushaltsplan der Provinzialverwaltung mit der Vielseitigkeit seiner Aufgaben, sowie die Fülle und die Bedeutung der Vorlagen, die der Provinzialausschuß Ihnen in diesem Jahre unterbreitet, geben mir zum Schlusse einen willkommenen Anlaß, doch noch ein allgemeines Wort über den Verwaltungsträger dieser großen Aufgaben, die provinzielle Selbstverwaltung, zu sagen. Ich habe mich über ihre Bedeutung und ihre Stellung im Staatsleben in grundsätzlichen Ausführungen im vorigen Herbst bei Gelegenheit des Besuchs des Reichsrats hier in Düsseldorf ausgelassen und habe Ihnen diese Ausführungen auch zugehen lassen. Ich habe damals dargelegt und muß das auch heute noch aufrecht erhalten, daß die Lust für die Selbstverwaltung heute allgemein durchaus keine günstige ist. (Zustimmung.) Die zentrale Staatsverwaltung und das Parlament sehen in der Selbstverwaltung eine Minderung und Beschränkung ihres eigenen Einflusses, und die Wirtschaft sieht in der Selbstverwaltung vielfach nur eine Ausgabenbewilligungsmaschine, die ihr neue Steuern verursacht. Daß die Selbstverwaltung trotzdem nicht zu entbehren ist und daß sie auch die Entwicklung der Zukunft für sich hat, das zeigt das Leben, das in jedem Selbstverwaltungskörper auch heute noch trotz aller Schwierigkeiten herrscht. Das zeigen auch die vielen ganz unent-

behrlichen Aufgaben, die die Selbstverwaltung zu lösen hat und die auch nur die Selbstverwaltung lösen kann. Die Entwicklung der Zukunft ist aber hier wesentlich bedingt durch die Frage der Verfassungs- und Verwaltungsreform, und zwar sowohl positiv als auch negativ. Kommt die Reform nicht, so geht die Verwaltungszentralisation in Berlin beim Reich und bei Preußen, ohne daß viele Worte davon gemacht werden, ganz stillschweigend durch einzelne Gesetze, Parlamentsbeschlüsse und Verwaltungsmaßnahmen weiter, und zwar wird diese Aushöhlpolitik sowohl vom Reich gegenüber Preußen als auch von Preußen gegenüber den Provinzen und den engeren Selbstverwaltungskörpern getrieben werden. Kommt aber die Verfassungs- und Verwaltungsreform, so ist zu erwarten, daß dann doch auch eine feste Abgrenzung der Zuständigkeiten mindestens einen Stillstand des jetzigen Verfahrens bringt. Wenn man den Worten leitender Staatsmänner glauben darf, wird sogar eine Dezentralisation von Staatsverwaltungsaufgaben auf die Selbstverwaltung stattfinden. Meine früher geäußerte völlige Skepsis gegenüber Verfassungs- und Verwaltungsreform kann ich heute glücklicherweise, was die erste angeht, nicht mehr ganz aufrecht erhalten, denn wir haben in den letzten Tagen durch die Presse erfahren, daß der vom Länderausschuß eingesetzte Unterausschuß, und zwar die Vertreter Preußens, Sachsens, Württembergs und Hamburgs, zu übereinstimmenden weitgehenden Reformvorschlägen gekommen ist. Wenn hinter diesen Vorschlägen die Autorität der hervorragenden Persönlichkeiten ihrer Verfasser steht, so sollte man schon annehmen, daß nicht nur etwas Richtiges und praktisch Brauchbares, sondern auch etwas gegenüber allen Hindernissen und Schwierigkeiten Durchführbares bei diesen Vorschlägen herauskommen wird. Die nächsten Wochen werden voraussichtlich zeigen, ob nicht auch diese Vorschläge durch billige Kritik von solchen, die nicht in der Lage sind, eigene Vorschläge zu machen, schon vor ihrer Geburt im Länderausschuß zugrunde geredet werden. (Abgeordneter Dr. Kaiser: Sehr richtig!) In diesen Vorschlägen ist auch dem Ausbau der Selbstverwaltung in den preussischen Provinzen eine besondere Bedeutung beigelegt. Ich darf darin wohl auch eine Anerkennung der bisherigen Arbeit dieser Selbstverwaltung sehen. Aber es kommt darin auch zum Ausdruck, daß ein wirtschaftliches, soziales und kulturelles Eigenleben der preussischen Provinzen in einem gewissen Umfange für das Staatsganze nicht nur unerlässlich, sondern auch durchaus segensvoll ist. Dieses Eigenleben, wie es auch in der Tagung des Rheinischen Provinziallandtags und in der ganzen Tätigkeit der Provinzialverwaltung zum Ausdruck kommt, wird sicher-

lich, wie bisher so auch in Zukunft zwar in erster Linie den Interessen unserer Rheinprovinz dienen, aber, in der richtigen Weise aufgefaßt und durchgeführt, auch dem Staate und dem Volksganzen nur zum Nutzen gereichen können. (Lauter Beifall).

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren, ich habe noch eine Mitteilung nachzuholen: Der Herr Landtagskommissar hat mitgeteilt, daß er den Herrn Vizepräsidenten Dr. von Sybel und Herrn Regierungsrat Quast als seine Kommissare zu den Sitzungen des Provinziallandtages und der von ihm zur Vorbereitung seiner Beschlüsse gewählten Ausschüsse anmeldet. Ich bitte, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Nach dem vorhin gefaßten Beschlusse können wir uns gleich vertagen.

Es sind eine Reihe Anträge eingegangen, die vervielfältigt werden und die zunächst dem Provinzialausschuß durch den Herrn Landeshauptmann zugehen.

Zur weiteren geschäftlichen Behandlung bemerke ich: Es wird jetzt eine Vertagung der Vollsitzung auf morgen vormittag, 9½ Uhr, eintreten. Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des Wahlprüfungsausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Eintritt neuer Mitglieder in den Provinziallandtag.
3. Beratung des Haushaltsplanes und der mit ihm in Verbindung stehenden Landtagsvorlagen.
4. Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Vorlagen.

Ich stelle fest, daß Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind.

Dann ist beabsichtigt, am Donnerstag, möglichst ab 9½ Uhr, die Sachausschüsse tagen zu lassen. Der Ältestenrat hofft, daß die Sachausschüsse mit ihrer Arbeit bis zum Nachmittag fertig werden und daß dann um 16½ Uhr die Fraktionen zusammentreten können. Ich wiederhole: 9½ Uhr Ausschüsse, 16½ Uhr Fraktionen.

Am Freitag und Samstag würde dann weiter getagt werden, an allen Tagen möglichst ohne Pause, soweit das stenographische Bureau imstande ist, das zu machen. Unser vortrefflicher Stenograph winkt mir, daß es möglich sein wird; ich hoffe also, daß es der Fall sein kann.

Der Wahlprüfungsausschuß tritt jetzt sofort in Zimmer 36 zusammen, wenn das Wort nicht weiter gewünscht wird.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß: 11 Uhr 15 Minuten.)